

Stand: 27.07.2024 04:05:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/20153

"Haushaltsplan 2022; hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern (Kap. 06 05 Tit. 422 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/20153 vom 27.01.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21898 des HA vom 16.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/22194 vom 07.04.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 07.04.2022 (EPL 6)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Haushaltsplan 2022;

**hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 06 05 (Finanzämter) wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Richter und Beamten) von 741.602,4 Tsd. Euro um 35.000,0 Tsd. Euro auf 776.602,4 Tsd. Euro angehoben. Mit den zusätzlichen Mitteln können im Stellenplan der Finanzämter 1 000 zusätzliche Stellen in der 3. Qualifikationsebene finanziert werden. Der Stellenplan wird entsprechend angepasst. Die Stellen können mit dem Inkrafttreten des Haushalts besetzt werden.

Begründung:

Gerade die zusätzlichen staatlichen Ausgaben in der Coronapandemie, die über Kredite finanziert wurden, erfordern eine Stärkung der staatlichen Einnahmen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine personell gut ausgestattete Steuerverwaltung unerlässlich. Aber auch für die vielen weiteren Aufgaben des Freistaates muss ein umfassender und gerechter Steuervollzug sichergestellt werden.

Im Ländervergleich schneidet Bayern bei der Personalausstattung jedoch schlecht ab (Daten des Jahres 2020): Personal zu Einwohnerzahl 8. Platz, Personal zu Einkommen- und Körperschaftsteuerfällen 15. Platz, Betriebsprüfer zu Zahl der Betriebe 13. Platz, Umsatzsteuersonderprüfer zu Unternehmen 16. Platz.

In den Finanzämtern sollte der Personalkörper insgesamt gestärkt und deshalb der Stellenplan ausgeweitet werden. So waren 1 368 der Planstellen zum 1. Januar 2021 überhaupt nicht mit Arbeitskräften besetzt. Bei 16 384 Stellen für Planmäßige Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beträgt das Personal-Ist nur 15 016 Vollzeitkräfte. Weitere Stellen sind mit Beschäftigten in Ausbildungsqualifizierung (126), Anwärterinnen oder Anwärtern (1) oder abgeordneten Beamtinnen oder Beamten (254) besetzt, unterliegen einer Wiederbesetzungssperre (246) oder sind wegen Altersteilzeit gesperrt bzw. nicht besetzbar (360). Darüber hinaus sind Stellen (insgesamt 381) für Rückkehrerinnen oder Rückkehrern aus Beurlaubungen und für Teilzeitaufstockungen freizuhalten oder entfallen auf Personalabgänge nach der letztjährigen Übernahme der geprüften Anwärterinnen oder Anwärtern im Herbst 2020.

Gleichzeitig war die Arbeitsbelastung in den bayerischen Finanzämtern noch nie so hoch wie heute. Aufgrund des Anstiegs der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns sind die steuerlichen Fallzahlen im zurückliegenden Jahrzehnt spürbar angestiegen. In der Coronakrise wurde und wird Unterstützung für andere Verwaltungsbereiche geleistet und insbesondere der Einsatz an den Gesundheitsämtern wird voraussichtlich andauern. Es gibt auch kaum Möglichkeiten, bereits bestehende Arbeitsrückstände zu kompensieren bzw. aufzuholen. Weiterhin führen interne Umschichtungen in den Dienststellen, beispielsweise um Lücken in der Bewertung zu schließen, wiederum zu Lücken in der Veranlagung.

Zusätzliche Steuerprüfer bringen ein durchschnittliches Mehrergebnis von deutlich über 1 Mio. Euro und somit ein Vielfaches dessen, was sie kosten. Mit 1 000 zusätzlichen Beamtinnen und Beamten (Steuerfahndung, Betriebsprüfung, Umsatzsteuersonderprüfung und Innendienst), die im Jahr 2022 eingestellt werden, fließen von den erzielten Steuermehreinnahmen im Jahr 2022 rund 240 Mio. Euro zusätzlich in den Staatshaushalt (der Länderfinanzausgleich lief 2019 aus, ab 2020 verbleiben daher mehr der erhobenen Steuern in Bayern).



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2022; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Berichterstatter: **Michael Hofmann**

Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 06 03 werden die Ansätze in 2022
 - a) bei Tit. 686 79

| | |
|-----|----------------|
| von | 4.500,0 Tsd. € |
| um | 230,0 Tsd. € |
| auf | 4.730,0 Tsd. € |

sowie
 - b) bei Tit. 686 81

| | |
|-----|----------------|
| von | 3.850,0 Tsd. € |
| um | 20,0 Tsd. € |
| auf | 3.870,0 Tsd. € |

erhöht.
2. Bei Kap. 06 05 Tit. 812 99 wird der Ansatz in 2022

| | |
|-----|-----------------|
| von | 11.000,0 Tsd. € |
| um | 200,0 Tsd. € |
| auf | 11.200,0 Tsd. € |

erhöht.
3. Bei Kap. 06 14 Tit. 812 35 wird der Ansatz in 2022

| | |
|-----|----------------|
| von | 1.750,0 Tsd. € |
| um | 201,0 Tsd. € |
| auf | 1.951,0 Tsd. € |

erhöht.

4. Bei Kap. 06 16 werden die Ansätze in 2022
- a) bei Tit. 770 71
 - von 948,0 Tsd. €
 - um 350,0 Tsd. €
 - auf 1.298,0 Tsd. €
 - sowie

 - b) bei Tit. 812 71
 - von 444,2 Tsd. €
 - um 750,0 Tsd. €
 - auf 1.194,2 Tsd. €
 - erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 06 15 und Kap. 06 21 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU Haushaltsplan 2022; hier: Heimat- und Kulturpflege (Kap. 06 03 Tit. 686 81) Drs. 18/20445

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2022; hier: Heimat und regionale Identität - Digitales Erlebnis "Römer in Augsburg" (Kap. 06 03 Tit. 686 79) Drs. 18/20479

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2022; hier: ELSTER Vor-Ort-Registrierung in den Servicezentren der Finanzämter (Kap. 06 05 Tit. 812 99) Drs. 18/20480

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mobile Police – Ausstattung für das Studium an der Hochschule für den öffentlichen Dienst, Fachbereich Polizei
(Kap. 06 14 Tit. 812 35)
Drs. 18/20481
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Schlösserverwaltung - Park Schönbusch: Entlastung der Kernzone des Landschaftsparks
(Kap. 06 16 Tit. 770 71)
Drs. 18/20482
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Schlösserverwaltung - Welterbezentrum im Redoutenhaus Bayreuth: Museumsausstattung
(Kap. 06 16 Tit. 812 71)
Drs. 18/20483

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/20153
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 06 01 Tit. 536 03)
Drs. 18/20193
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
(Kap. 06 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20238

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 06 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20239
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
(Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 18/20240
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausbildungsniveau der Finanzverwaltung halten
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 18/20241
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Unsere Heimat I - Preise im Bereich Heimatpflege
(Kap. 06 03 Tit. 681 81)
Drs. 18/20328
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
(Kap. 06 03 Tit. 883 72)
Drs. 18/20329
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Unsere Heimat II - Förderung traditioneller Vereine
(Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
Drs. 18/20330
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II - Arbeitsgruppe Breitband
(Kap. 06 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20331
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Arbeitsgruppe KONSENS
(Kap. 06 04 TG 99 neuer Tit.)
Drs. 18/20332

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I - Zusätzliche Stellen für das Landesamt für Finanzen
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)
Drs. 18/20333
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Andreas Winhart, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II - Zusätzliche Stellen für das IT-Dienstleistungszentrum
(Kap. 06 21 Tit. 422 01)
Drs. 18/20334

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 121. Sitzung am 16. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 3 zu 12/14/16/19/23-H 1108.15-1/40

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2022

zum

Entwurf des Einzelplans 06

Staatsministerium der Finanzen
und für Heimat

06 15 Landesamt für Finanzen

| Titel FKZ | | A B | Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2022 Tsd. € |
|---|--|--------|---|--------------------------------|
| 1 | 2 | | 3 | 4 |
| Ausgaben | | | | |
| Sächliche Verwaltungsausgaben | | | | |
| 518 01-9 062 | Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 32.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i> | A B | 1.308,9 | 1.308,9 |
| Gesamtausgaben | | | | |
| | | A B | 173.661,9 - | 173.661,9 |
| Abschluss | | | | |
| Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl. | | A B | 79,4 - | 79,4 |
| Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen | | A B | 23.353,9 - | 23.353,9 |
| Gesamteinnahmen | | | | |
| | | A B | 23.433,3 - | 23.433,3 |
| Personalausgaben | | A B | 117.900,5 - | 117.900,5 |
| Sächliche Verwaltungsausgaben | | A B | 25.968,2 - | 25.968,2 |
| Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen | | A B | 22.180,7 - | 22.180,7 |
| Baumaßnahmen | | A B | 2.600,0 - | 2.600,0 |
| Sonstige Sachinvestitionen | | A B | 5.012,5 - | 5.012,5 |
| Gesamtausgaben | | | | |
| | | A B | 173.661,9 - | 173.661,9 |
| Zuschuss | | | | |
| | | A | 150.228,6 | 150.228,6 |

Erläuterungen

Zu 06 15/518 01

Im Rahmen des Flächenmanagementverfahrens wurde eine langfristige Anmietung für die Unterbringung des Landesamtes für Finanzen in Weiden (2. Stufe der Behördenverlagerung Bayern 2030) geprüft. Im Rahmen der Vertragsverhandlungen hat sich inzwischen die konkrete Höhe gezeigt. Zudem bedarf es weiterer Zwischenanmietungen für die Behördenverlagerungsprojekte des Landesamts für Finanzen in Weiden und Kaufbeuren.

06 21 Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung

| Titel FKZ | | A B | Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2022 Tsd. € |
|---|---|--------|---|------------------------------------|
| 1 | 2 | | 3 | 4 |
| Ausgaben | | | | |
| Personalausgaben | | | | |
| 428 31-0 019 | Entgelte der Arbeitnehmer (Arbeitnehmer-Budget) | A B | 8.174,9 +500,0 | 8.674,9 |
| Gesamtausgaben | | A B | 173.523,0 +500,0 | 174.023,0 |
| Abschluss | | | | |
| Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl. | | A B | 4.595,0 - | 4.595,0 |
| Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen | | A B | 2.001,2 - | 2.001,2 |
| Gesamteinnahmen | | A B | 6.596,2 - | 6.596,2 |
| Personalausgaben | | A B | 79.043,1 +500,0 | 79.543,1 |
| Sächliche Verwaltungsausgaben | | A B | 50.251,4 - | 50.251,4 |
| Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen | | A B | 2.669,0 - | 2.669,0 |
| Baumaßnahmen | | A B | 6.913,5 - | 6.913,5 |
| Sonstige Sachinvestitionen | | A B | 34.646,0 - | 34.646,0 |
| Gesamtausgaben | | A B | 173.523,0 +500,0 | 174.023,0 |
| Zuschuss | | A B | 166.926,8 500,0 | 167.426,8 |

Erläuterungen

Zu 06 21/428 31

Zur Umsetzung der elektronischen Verfahrensakte für den Bereich der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit werden Haushaltsmittel in Höhe von 0,5 Mio. € von Kap. 10 02 Tit. 534 99 nach Kap. 06 21 Tit. 428 31 (Arbeitnehmer-Budget IT-Dienstleistungszentrum) umgesetzt.

Epl. 06 Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

| Titel FKZ | | A Bisheriger Betrag 2022 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2022 Tsd. € |
|--------------|--|---|--------------------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| | Abschluss Epl. 06 | | |
| | Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl. | A 356.877,3 B - | 356.877,3 |
| | Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen | A 133.359,9 B - | 133.359,9 |
| | Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen | A 485,3 B - | 485,3 |
| | Gesamteinnahmen | A 490.722,5 B - | 490.722,5 |
| | Personalausgaben | A 2.192.902,3 B +500,0 | 2.193.402,3 |
| | Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2022 Tsd. €</i> 191.072,3 | A 406.518,4 B - | 406.518,4 |
| | Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2022 Tsd. €</i> 144.736,0 | A 42.152,8 B - | 42.152,8 |
| | Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2022 Tsd. €</i> 99.984,0 | A 114.561,5 B - | 114.561,5 |
| | Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2022 Tsd. €</i> 6.529,0 | A 93.333,2 B - | 93.333,2 |
| | Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2022 Tsd. €</i> 602.030,0 | A 227.030,0 B - | 227.030,0 |
| | Besondere Finanzierungsausgaben | A 126,6 B - | 126,6 |
| | Gesamtausgaben | A 3.076.624,8 B +500,0 | 3.077.124,8 |
| | <i>Verpflichtungserm. 2022 Tsd. €</i> 1.044.351,3 | | |
| | Zuschuss | A 2.585.902,3 B 500,0 | 2.586.402,3 |



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 06 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/20153
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 06 01 Tit. 536 03)
Drs. 18/20193
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
(Kap. 06 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20238
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 06 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20239

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
(Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 18/20240
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausbildungsniveau der Finanzverwaltung halten
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 18/20241
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Unsere Heimat I – Preise im Bereich Heimatpflege
(Kap. 06 03 Tit. 681 81)
Drs. 18/20328
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
(Kap. 06 03 Tit. 883 72)
Drs. 18/20329
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Unsere Heimat II – Förderung traditioneller Vereine
(Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
Drs. 18/20330
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II – Arbeitsgruppe Breitband
(Kap. 06 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20331
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Arbeitsgruppe KONSENS
(Kap. 06 04 TG 99 neuer Tit.)
Drs. 18/20332

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Zusätzliche Stellen für das Landesamt für Finanzen
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)
Drs. 18/20333

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Andreas Winhart, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Zusätzliche Stellen für das IT-Dienstleistungszentrum
(Kap. 06 21 Tit. 422 01)
Drs. 18/20334

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Michael Hofmann

Abg. Gerd Mannes

Abg. Tim Pargent

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Harald Güller

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Wolfgang Fackler

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Martin Böhm

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 06

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/20479 mit 18/20483)

Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drs. 18/20445)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20238 mit 18/20241)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20328 mit 18/20334)

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 18/20153)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/20193)

Einzelheiten können Sie wieder der Tagesordnung entnehmen. 45 Minuten Aussprache wurden beantragt. Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner beginnt für die CSU-Fraktion Kollege Michael Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute den Einzelplan des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat. Ich freue mich, dass die Kolleginnen und Kollegen schon am frühen Morgen so zahlreich da sind.

Es geht um 3 Milliarden Euro, wobei man auch ganz klar sagen muss: Dieser Haushalt, auch wenn nur 3 Milliarden Euro veranschlagt sind, ist das Herzstück der bayerischen Finanzpolitik; denn in diesem Haushalt wird letzten Endes das Geld eingenommen, das wir dann anderweitig ausgeben. Ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern und allen Behörden, die in dem

Einzelplan angesiedelt sind. Kollege Fackler – herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! – wird nachher noch ein paar Sätze zum Personal sagen. Das Personal sei aber schon an dieser Stelle erwähnt. Herzlichen Dank! In den Dank schließe ich ausdrücklich unseren Finanzminister Albert Füracker mit ein. Lieber Finanzminister, dieser Haushalt trägt ganz entscheidend deine Handschrift.

Man muss immer wieder sagen: Politik bedeutet nicht nur gestalten; manchmal bedeutet Politik schlicht und ergreifend auch, das Schlimmste zu verhindern. Das Schlimmste, das wir verhindert haben, steht gar nicht mehr im Haushalt. Wir haben nämlich ein Grundsteuergesetz verabschiedet, das uns davor bewahrt hat, den Moloch, der in Berlin ausgedacht worden ist, in Bayern umsetzen zu müssen. Dies hätte massive weitere Personaleinstellungen bedeutet. Genau das haben wir verhindert. Das haben wir vor allem aber deswegen verhindern können, weil du, lieber Finanzminister, dich auf Bundesebene ganz vehement dafür eingesetzt hast, dass eine Länderöffnungsklausel eingeführt wird. Diese können wir jetzt nutzen. Es gibt viele, die das Gesetz kritisiert haben und die Öffnungsklausel ebenfalls nutzen. Herzlichen Dank an dieser Stelle, lieber Finanzminister, für deinen Einsatz.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir darüber sprechen, dass Politik auch bedeutet, das Schlimmste zu verhindern, dann binde ich ausdrücklich auch unseren Beauftragten für Bürokratieabbau, unseren Walter Nussel mit ein; denn er verhindert tatsächlich an sehr vielen Stellen das Allerschlimmste. Deswegen verstehe ich auch nicht die Anträge der FDP, die immer wieder fordert, dass dieser Beauftragte abgeschafft werden soll. Er ist ein Segen für den Freistaat Bayern – das muss man einmal ganz klar sagen. Deswegen stehen wir ganz klar zu dieser Stelle, lieber Walter.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in diesem Haushalt 3 Milliarden Euro veranschlagt. 2,2 Milliarden Euro gehen ins Personal – darüber wird, wie gesagt, Kollege Fackler noch sprechen. Ich

darf über die restlichen 800 Millionen Euro sprechen und Ihnen sagen, was wir damit machen.

225 Millionen Euro gehen weiterhin im Rahmen der Gigabitrichtlinie in die Versorgung mit Breitband. An dieser Stelle will ich ganz klar sagen: Wir haben diesbezüglich in den letzten Jahren wirklich Massives geleistet. 1,6 Milliarden Euro hat der Freistaat Bayern bereits zur Verfügung gestellt. Wir müssen auch die Relation sehen: 2,5 Milliarden Euro wurden mit Unterstützung von Kommunen und vom Bund investiert; der Freistaat Bayern hat allein 1,6 Milliarden Euro investiert.

In diesem Zusammenhang können wir auch deutlich machen: Was die Versorgung des ländlichen Raums mit beispielsweise 30 Mbit/s angeht, sind wir in der Bundesrepublik auf Platz eins. Bei der Versorgung des ländlichen Raumes mit 100 Mbit/s sind wir auf Platz zwei. Wir können also ganz klar sagen, dass unsere Anstrengungen auch Erfolg zeigen. Was insbesondere den ländlichen Raum angeht – das muss man dazu sagen –, ist dies umso höher zu gewichten, als allein ein Viertel aller ländlichen Räume sich im Freistaat Bayern befindet. Deswegen müssen wir auch massiv investieren. Wir sind diesbezüglich also vorwärtsgekommen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden auch weiter vorwärtskommen. Inzwischen wird es schon schwierig, die gesamten verfügbaren Bandbreiten überhaupt auszunutzen. 90 % aller bayerischen Haushalte verfügen inzwischen über die Möglichkeit, auf 100 Mbit/s zurückzugreifen. Auch das ist aus meiner Sicht eine schöne Sache. Alle Anstrengungen sind wichtig.

Im Zusammenhang mit Heimat und Entwicklung des ländlichen Raumes will ich auch ganz klar sagen: Wir tun sehr viel, damit wir im Freistaat Bayern die gesamte Bandbreite unseres Könnens und Wissens nutzen können. Zum Beispiel steht in diesem Haushalt, dass wir in Weiden eine weitere Stelle mit 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung stellen. Wir als Freistaat Bayern investieren in Dinkelsbühl, in Waldsassen, in Windischeschenbach, Kronach und Klosterburg Kastl. Wir als Frei-

staat Bayern investieren überall dort, um aus den Metropolen hinaus in den ländlichen Raum zu gehen, um ihn zu stärken. Lieber Kollege Pohl, das machen wir nicht erst, seitdem die FREIEN WÄHLER in Regierungsverantwortung sind; das machen wir schon längst. Jetzt machen wir dies miteinander. Dies ist wunderbar.

An dieser Stelle sage ich aber auch: Es gibt immer wieder Diskussionen darüber. Lieber Kollege Pargent, Sie haben im Ausschuss leider Gottes unsere Initiativen in Kronach kritisiert. Natürlich gibt es immer Diskussionen; ich sage an dieser Stelle aber ganz klar, dass es auch damals Diskussionen gab, als wir in Bayern beispielsweise die HAWs, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, installiert haben. Die Vorgängerinnen und Vorgänger mussten sich rechtfertigen. Heute sind wir froh darüber, dass wir investiert haben; denn das sind die Motoren in unseren ländlichen Räumen. Wir haben also mit Sicherheit sehr viel richtig gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch kurz etwas sagen. Auch die Schlösser- und Seenverwaltung ist im Finanzministerium angesiedelt. An dieser Stelle möchte ich alle zu etwas aufrufen. Vielleicht möchte man jetzt aufgrund der veränderten Lage der Corona-Pandemie auch wieder ein wenig weiter wegfahren. Mit Sicherheit haben Sie aber noch nicht alles gesehen, was der Freistaat Bayern zu bieten hat. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, sich unsere Schlösser anzusehen. Wir sind auch dringend auf die Einnahmen aus dem Ticket-Verkauf angewiesen. Wir wollen schließlich weiter investieren. Im Übrigen will ich als Franke auch deutlich sagen: Man kann sich nicht nur in Südbayern schöne Sachen anschauen; lieber Winni, wir investieren beispielsweise auch in Aschaffenburg, wir investieren in Bayreuth, und wir werden auch in Würzburg investieren, zum Beispiel in das Museum für Franken. Unsere Bürgerinnen und Bürger können im Freistaat Bayern also ganz vieles erleben. Dafür sorgt auch dieser Einzelplan.

Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich: Lassen Sie uns miteinander diesen Freistaat weiterhin gestalten: in den ländlichen Regionen, für die Menschen in unserem Land. Dann kommen wir gemeinsam vorwärts. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Michael, halt! Entschuldigung, Herr Abgeordneter, es gibt eine Zwischenbemerkung. Sie ist noch ganz knapp reingekommen. Ich glaube, wir lassen sie noch zu. Sie ist vom Kollegen Mannes. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Ja, ich habe gerade noch draufdrücken können. Danke, es ist eine sehr wichtige Frage. – Herr Hofmann, Sie haben zum Breitbandanschluss, einem sehr wichtigen Thema, ausgeführt. Jetzt wollte ich noch mal ein bisschen Essig in den süßen Wein schütten, den Sie hier verbreitet haben: Sie wissen schon, dass 30 Mbit/s jetzt zwar schnelles Internet oder Breitband ist, aber das langsame Internet von morgen ist? – Im internationalen Vergleich steht Bayern sehr schlecht da. Das Zweite ist: Wenn man nur die Bundesländer vergleicht, dann ist Bayern auch auf den hinteren Plätzen. – Das wollte ich nur noch mal gesagt haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Lieber Herr Kollege Mannes, wir sind gewohnt, dass die AfD immer versucht, Essig in alles Mögliche hineinzuschütten. Das ist Ihre Strategie, daraus ziehen Sie Ihre Wählerstimmen, das ist für uns nichts Neues. Trotzdem trifft die Kritik nicht zu, und ich gehe davon aus, dass der Finanzminister dazu nachher noch etwas mehr sagen wird.

Der Grund dafür, dass ich 30 Mbit/s angesprochen habe, ist, dass wir in der Vergangenheit aufgrund europarechtlicher Vorgaben in verschiedenen Bereichen gar nicht fördern konnten, was mehr als 30 Mbit/s letzten Endes möglich macht. Diese Möglichkeiten sind jetzt gegeben, und deswegen können wir auch wesentlich mehr ausbauen. Das tun wir auch. Wenn Sie sich die Zahlen, die ich vorhin genannt habe, anständig

angehört hätten, dann müssten Sie nicht so kritisieren. Aber wir wissen, dass wir immer noch besser werden können. Wir werden das auch tun, und dafür brauchen wir ganz bestimmt nicht Sie, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir starten den heutigen dritten Tag dieser Haushaltsberatungen mit dem Einzelplan 06 des Finanzministeriums. Er ist zweifelsohne ein Rückgrat des Staatshaushaltes. Solche oder ähnliche Begriffe wurden in den letzten Tagen schon für einige Pläne verwendet. Ich meine, hier stimmt es auf jeden Fall. Denn über was würden wir hier beraten, hätten wir nicht engagierte Beschäftigte in den Finanzämtern? – Sie bilden mit ihrem Schaffen eine Grundlage der Haushaltsberatungen, nämlich die Einnahmen des Staates. Dafür brauchen sie politischen Rückhalt und eine gute personelle und technische Ausstattung, meine Damen und Herren.

An dieser Stelle geht aber gleichermaßen auch der Dank an all die treuen Steuerzahler*innen, die fleißig und gewissenhaft ihre Steuern zahlen und nicht versuchen, zu täuschen und zu tricksen, wie es das bei Steuervermeidung und Steuerhinterziehung nun leider auch gibt.

Aber zurück zu unserem Rückgrat der Steuerverwaltung. Da müssen wir festhalten, dass unser Rückgrat zunehmend mehr belastet wird. Immer mehr Druck lastet auf den Schultern unserer Finanzverwaltung; weil Bayern viel Zuzug und erfreulicherweise auch viele Unternehmensgründungen verzeichnet, steigen letztendlich die Fallzahlen doch massiv.

Zwischen 2000 und 2020 stieg die Einwohnerzahl um 8 %, von knapp 12 auf über 13 Millionen Menschen. Das ist aber noch nicht das Größte: Die Zahl der umsatz-

steuerpflichtigen Unternehmen stieg von 2000 bis 2019 von ungefähr 500.000 auf über 600.000. Das sind natürlich höchst erfreuliche Zahlen. Aber ein Plus von 20 % bei den umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen muss jemand bearbeiten.

2020 war wegen Corona natürlich auch ein Sonderjahr. Auch wenn da einige Unternehmen aus der Steuerpflicht gefallen sind, waren viele Beschäftigte, unsere Finanzbeamtinnen und -beamten, in großer Zahl an die Regierungen und die Gesundheitsämter abgeordnet. Gleichzeitig steht die Grundsteuerreform ins Haus, eine neue arbeitsträchtige Aufgabe, egal mit welchem Modell. Zuletzt gibt es auch einige große Finanzskandale und Ermittlungskomplexe in den letzten Jahren, zum Beispiel den Umsatzsteuerkarussellbetrug oder Cum-Ex. Hierfür wurden richtigerweise Schwerpunkt-Ermittlungsgruppen gebildet.

Zusammenfassend muss man aber sagen: All diese Aufgaben strapazieren unser Rückgrat, die Finanzämter und die Beschäftigten. Herr Staatsminister, während Ihre Vorgänger noch Personal ausgedünnt haben, haben Sie das Ruder zumindest etwas herumgerissen und in den letzten Jahren zumindest die Ausbildung hochgefahren. Sie konnten den Personalstand damit stabilisieren. Von einem nennenswerten Ausbau, der den gerade beschriebenen Aufgaben auch gewachsen ist, kann aber keine Rede sein. Die Beschäftigten in den Finanzämtern machen einen klasse Job, aber sie kommen bei diesem Arbeitsaufwand an ihre Grenzen, und so bleiben die Vergleichszahlen in Bayern äußerst bescheiden.

Gehen wir mal in den Ländervergleich. Vorsicht, bitte festhalten, jetzt kommen Zahlen, die die Staatsregierung höchstselbst erst kürzlich auf SPD-Anfrage herausgegeben hat. Das Vergleichsjahr ist 2020.

Verhältnis von Personal in den Finanzämtern zur Einwohnerzahl des Landes: Bayern belegt immerhin noch Platz 8 unter den Ländern.

Personal im Verhältnis zu den Einkommen- und Körperschaftsteuerfällen: Bayern hält Platz 15 unter 16 Bundesländern.

Betriebsprüfer im Verhältnis zur Zahl der Betriebe: Bayern liegt auf Platz 13 unter den Bundesländern.

Umsatzsteuersonderprüfer im Verhältnis zur Zahl der Unternehmen: Platz 16. Das ist der letzte Platz in Deutschland unter den Ländern.

Ja, wo ist er denn, der Branchenprimus Bayern? Meine Damen und Herren, das ist kein Zustand, um die Steuerfälle effektiv überwachen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Das führt dann dazu, dass sich in den letzten Jahren viele Prüfungsturnusse verschlechtert haben. Großbetriebe wurden 2017 im Schnitt noch alle 4,9 Jahre geprüft, 2020 alle 5,9 Jahre. Mittelbetriebe wurden 2017 im Schnitt alle 22,2 Jahre geprüft, 2020 nur noch alle 25 Jahre. Zum Vergleich: Bundesweit wurden Mittelbetriebe alle 20 Jahre geprüft. Bei den Kleinbetrieben sieht die Relation ganz ähnlich aus. Daran sieht man: Ausreichend häufige Prüfungen sind in anderen Bundesländern möglich, aber mit dem Personalstand in Bayern ist das nicht zu machen.

(Zuruf)

Unser Rückgrat kann schon heute nicht mehr das ganze Gewicht der Aufgaben tragen. Das muss sich ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen dringend mehr Personal. Wir können die Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten auch nicht herzaubern, nein, wir müssen alle selbst ausbilden. Auch auf die Gefahr hin, dass sie anschließend abgeworben werden.

Sie, Herr Staatsminister, haben in diesem Jahr 200 Anwärterstellen in Dauerstellen umgewandelt. 200 Dauerstellen sind gut, sehr gut sogar. Das können wir anerkennen. Das führt aber im Umkehrschluss auch dazu, dass 200 Anwärterstellen wegfallen oder fehlen. Wenn ich all die beschriebenen Herausforderungen ansehe, ist das dann im

Umkehrschluss ein schlechtes Zeichen. Wir müssen weiter auf hohem Niveau ausbilden. Wir GRÜNEN haben deshalb beantragt, die Ausbildung auf dem Vorjahresniveau weiterzuführen. Denn wir brauchen die Menschen. Unser Rückgrat, die Steuerverwaltung, braucht frische Kräfte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur mit Personal ist es auch nicht getan. Die Digitalisierung schreitet voran. Auch da müssen wir weiter am Drücker bleiben. Die IT-Infrastruktur an so mancher unserer Ausbildungsstätten oder in manchen Ämtern kam in den letzten Jahren auch an ihre Belastungsgrenze. Auch da müssen wir fit bleiben.

Meine Damen, meine Herren, eine effektive Aufstellung der Finanzverwaltung ist wichtig, um Finanzkriminalität das Handwerk zu legen. Sie ist wichtig, damit all die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch einen fairen Wettbewerb haben, und zuletzt auch, um die Einnahmen des Staates auf dem hohen Niveau zu sichern, nein, eventuell sogar zu erhöhen. Das wird gerade in den nächsten Jahren wichtig bleiben.

Meine Damen, meine Herren, wir sehen in diesem Etat zu wenig Impulse für die Zukunft der Finanzverwaltung und können deswegen nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig, dass dieser Haushalt entscheidend dafür ist, wie viele Steuereinnahmen wir für die Umsetzung dessen, was wir für notwendig halten, zur Verfügung haben. Was eine gute Steuerverwaltung wert ist, zeigt sich, wenn man dorthin blickt, wo die Verwaltung nicht funktioniert oder nicht funktioniert hat. Denken wir an Griechenland: Dort hatte man zwar Steuergesetze, aber keine Finanzver-

waltung mit Beamten, die diese Steuergesetze sinnvoll umgesetzt hätten. Im Ergebnis schrammte Griechenland haarscharf am Staatsbankrott vorbei.

Jetzt sagen Sie, Herr Kollege Pargent: Warum haben wir so wenige Steuerbeamte? Die Bevölkerung Bayerns nimmt ständig zu. Die Unternehmen werden mehr. – Ja, Herr Kollege Pargent, damit haben Sie recht. Merken Sie sich Ihre Argumentation, bis wir das nächste Mal wieder über Flächenverbrauch reden; denn auch Unternehmen und Menschen, die zuziehen, müssen irgendwo untergebracht werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ein Zweites, Herr Kollege Pargent: Sie verwechseln die Zahl der Beamten mit Effizienz. Wenn Sie behaupten: "Je mehr Beamte eingestellt werden, desto effektiver arbeitet eine Verwaltung", dann – das muss ich sagen – haben Sie nicht sehr viel verstanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Ich sage an dieser Stelle allen Beamten und Angestellten in der Steuerverwaltung herzlichen Dank. Sie haben mit vergleichsweise schlankem Personalbestand Unglaubliches geleistet. Wir verzeichnen die meisten Steuereinnahmen in ganz Deutschland. Das liegt nicht nur am Fleiß der Menschen, sondern auch an der Effizienz unserer Verwaltung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ja, man muss es so sagen: Das liegt auch an den politischen Vorgaben. Herr Kollege Hofmann hat es völlig zu Recht angesprochen: Die Grundsteuerregelung ist der Lackmustest. Daran sieht man, wer zwar am Sonntag von Bürokratieabbau redet, aber von Montag bis Freitag neue bürokratische Monster erfindet und damit seine Beamten quält. Besser wäre es, sich von Montag bis Freitag hinzusetzen, um zu überlegen, wie viel Bürokratie sein muss und was verzichtbar ist.

Das, was wir hier in Bayern – die Regierungsfractionen gemeinsam mit dem Finanzminister – auf den Weg gebracht haben, kann sich sehen lassen. Das ist deutschlandweit einmalig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ein weiteres Lob geht an den Finanzminister, wenn es um die Heimatstrategie geht. Insoweit muss ich Herrn Kollegen Hofmann allerdings ein wenig korrigieren: Lieber Kollege Hofmann, die Heimatstrategie stammt aus dem Jahr 2014, aufgesetzt von einem Finanzminister namens Markus Söder und seinem damaligen Staatssekretär Albert Füracker. Das war die Heimatstrategie 2014.

Ich sage: Auch das war ein Volltreffer! Die Heimatstrategie ist ein Herzstück bayerischer Politik. Und sie wirkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU)

Die Heimatstrategie führt dazu, dass wir Behörden in die Fläche verlagern und dadurch Impulse für die Fläche setzen. Wir brauchen uns nur die Finanzhochschulen in Kronach und Kaufbeuren anzuschauen und können feststellen: Das waren richtige Signale. Ich könnte auch die Verlagerung der Bewertungsstelle nach Höchstädt und vieles andere mehr nennen. Auch insoweit setzen wir in Bayern Maßstäbe; denn wir sind das größte Flächenland in Deutschland. Es ist völlig klar, dass Intelligenz und Kompetenz nicht nur in München gebündelt vorhanden sind, sondern sich über ganz Bayern verteilen. Wir haben überall richtig gute, leistungsbereite Menschen, die gern hier wohnen und arbeiten und sich gern hier einsetzen. Von Lichtenfels bis Lindau, von Aschaffenburg bis Waldkirchen – überall in Bayern können wir wirklich etwas heben und tatsächlich neue Impulse setzen. Das schafft diese Heimatstrategie.

Ich darf zum Schluss darauf hinweisen, dass wir in den nächsten Jahren finanzpolitisch vor großen Herausforderungen stehen werden. Die Corona-Pandemie haben wir deswegen bewältigen können, weil wir jahrzehntelang gute Finanzpolitik gemacht

haben. Auch das kann ich hier durchaus sagen: Die gute, seriöse Finanzpolitik – Ausnahme: die Bayerische Landesbank – war tatsächlich ein Markenzeichen der Bayerischen Staatsregierungen von 1946 bis heute.

Vom sorgsamem Umgang mit Steuergeld und einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik haben wir in der Corona-Krise gezehrt. Aber wir müssen sehen, dass uns der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine vor neue Herausforderungen stellt, vor Herausforderungen, die wir im Einzelnen noch gar nicht kennen. Deshalb werden wir unseren Haushalt sehr genau beobachten müssen. Es ist auch sehr richtig, dass der Finanzminister vom Zweijahresturnus auf den Einjahresturnus umgestellt hat; denn es ist einfach nicht mehr so leicht prognostizierbar, wie hoch die Steuereinnahmen im nächsten Jahr sein werden. Vielleicht müssen wir sogar noch in diesem Jahr korrigieren.

Der Haushalt des Finanzministers ist hervorragend durchdacht. Er setzt die richtigen Schwerpunkte und verdient daher unsere Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Liebe Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum heute vorliegenden Etat des Finanz- und Heimatministeriums sowie der Allgemeinen Finanzverwaltung: Die Gesamtausgaben im Einzelplan 06 steigen um 15 Millionen Euro und damit nur geringfügig an. In der Staatsfinanzverwaltung verzeichnen wir einen Rückgang um 8 Millionen Euro.

Hier möchte ich unter Bezugnahme auf etwas, was mir zugetragen worden ist, ausdrücklich etwas ansprechen: Einflussnahmen aus politischer Richtung auf die Finanz-

verwaltung sind zu unterlassen! Das geht für mich auf gar keinen Fall. Ich werde dazu Anfragen stellen und schauen, wer sich dazu äußert.

Zum Breitbandausbau und generell zur digitalen Erschließung: Herr Hofmann, 100 Mbit/s ist schon seit Jahren eine Forderung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Vbw, weil diese Geschwindigkeit in der Praxis notwendig ist. Damit müssen auch die Bürger und die Unternehmen auf dem Land versorgt werden. Ihr ehemaliger Wirtschaftsminister Erwin Huber hatte die Breitbandversorgung als "Privatangelegenheit" abgetan. Es ist schön, dass die Erkenntnis gereift ist, dass das eine wichtige Infrastrukturaufgabe ist.

Der Kollege Tim Pargent nimmt in jeder Haushaltsberatung die Steuerverwaltung aufs Korn und behauptet, wir verschenken viel zu viel Geld und könnten mit mehr Kontrollen mehr Geld einnehmen. Herr Pargent, Sie stellen im Grunde genommen – das habe ich jedes Jahr erwidert – die Unternehmen und die Bürger unter Generalverdacht. Das ist Ihre "Denke". Sie wollen durch Kontrollen anstatt durch Vereinfachung des Steuersystems mehr Steuereinnahmen generieren. Letzteres ist aber der Schlüssel dazu. Dafür gibt es Beispiele, unter anderem Neuseeland. Ich war früher Mitglied im Finanzausschuss der IHK und der Vbw. Dort hat immer Einigkeit darüber bestanden, dass wir Steuervereinfachung und nicht immer mehr Kontrolle brauchen.

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal eine Steuerprüfung miterlebt haben. Ich habe schon drei miterlebt. Ich habe nicht den Eindruck, dass die bayerische Finanzverwaltung so, ich sage einmal, ineffizient arbeitet, sondern ich habe den Eindruck, dass sie hart in der Sache verhandelt, aber mit den Bürgern in der Regel fair umgeht. Es heißt immer so schön: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.

Zum Kollegen Pohl von den FREIEN WÄHLERN: Sie haben groß hervorgehoben, die Behörden in die Fläche zu verlagern. Das sei die Heimatstrategie, 2014 von Herrn Söder ausgerufen und von den FREIEN WÄHLERN – zumindest ich habe diesen Eindruck gehabt – immer so gefordert. Impulse für die Wirtschaft und für den ländlichen

Raum hat es gegeben – denken wir einmal an Herrn Strauß, der Bayern vom Agrarland in das Industriezeitalter überführt hat –, wenn große Industrieansiedlungen wie BMW in Regensburg etc. vonstattengegangen sind, weil das ganze Umland davon profitiert hat. Ich weiß, wovon ich spreche. In Regensburg oder auch in Dingolfing haben viele meiner Verwandten in Niederbayern ihren kleinen Bauernhof aufgegeben, bzw. sie haben ihn im Nebenerwerb gemacht, und dann bei BMW gearbeitet. Die Behördenverlagerungen bewirken nicht das, was Sie herausstellen. Leuchtturmprojekte sind entscheidend.

Ich komme zum Projekt Heimatpflege. Aus unserer Sicht müssen wir die traditionellen Vereine – sie sind das Rückgrat im ländlichen Raum für die Gesellschaft – in allen Bereichen fördern und erhalten. Dazu haben wir auch schon in den letzten Jahren mehrere Anträge eingebracht, die natürlich immer abgelehnt wurden, beispielsweise hinsichtlich der Ehrenamtszuschüsse und der Förderungen, um dann in veränderter Form wieder aufgenommen zu werden.

Auch Bürgermeister, mit denen ich immer wieder im Gespräch bin, haben berichtet, dass es zurzeit ein Problem ist, Verantwortliche wegen der Haftung zu finden. Die Regelungen zur Haftungsfreistellung für Vereinsverantwortliche können sogar dazu führen, dass man in Gemeinden keine Bürger mehr findet, die ehrenamtliche Tätigkeiten übernehmen. Sportvereine sind zwei Jahre lang ohne einen regulären Vorstand. Wir müssen die Unterstützung des Ehrenamtes, gerade bei den Feuerwehren – sie sind das Rückgrat im ländlichen Raum –, noch viel massiver vorantreiben, damit wir hier vorankommen.

Zum Breitbandausbau habe ich schon einiges gesagt.

Wir haben auch zur Arbeitsgruppe Konsens einen Antrag eingebracht. Hier arbeiten Bund und Länder seit 2007 an gemeinsamen Vorhaben mit dem Ziel einer einheitlichen Software für die Steuerverwaltung. Der ORH hat aufgrund der erheblichen Kosten, nämlich 2 Milliarden Euro bis 2024, drei Empfehlungen ausgesprochen. Wir mah-

nen diese Empfehlungen für die Zukunft dringend zur Umsetzung und Entwicklung an, damit wir einmal so dastehen wie Estland. Wer jemals dort war, weiß, dass alles digitalisiert ist. Dahin wollen wir.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die SPD-Fraktion der Kollege Harald Güller.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich richtig – deswegen beginne auch ich damit, wie es die anderen Kollegen gemacht haben –, an dieser Stelle vom Parlament einen herzlichen Dank erstens an alle, die in unserer bayerischen Finanzverwaltung arbeiten, auszudrücken und zweitens an alle diejenigen, die ordnungsgemäß ihre Steuern zahlen, wie sie in den Gesetzen festgesetzt sind. Diese Auswahl hat nichts mit Misstrauen oder mit Generalverdacht zu tun. Es ist hoffentlich allen hier klar, dass es die Aufgabe einer Steuerverwaltung ist, Gesetze durchzuziehen, sie zu kontrollieren und auch den Steuervollzug ordentlich zu machen. Genau das ist der zentrale Kritikpunkt der SPD-Fraktion an diesem Haushalt.

Zentraler und besser ausdrücken konnte die Position der CSU und auch der Staatsregierung eigentlich niemand anderer als der Kollege König vorgestern, als er gesagt hat: Der Haushaltsgesetzgeber hier im Haus kann die Einnahmen nicht festsetzen. Wir alle sind darauf angewiesen, dass die Steuereinnahmen hoffentlich – ausdrücklich: hoffentlich – so fließen werden wie angenommen. – Aber kein einziger Satz dazu, dass es auch notwendig ist, die Steuerverwaltung so aufzustellen, damit die Steuern, die in den Gesetzen festgesetzt sind, auch eingezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich für die SPD-Fraktion: Natürlich kommt es nicht nur darauf an, wie viele Köpfe in der Steuerverwaltung sind. Es kommt auch auf die Rahmenbedingun-

gen der Arbeit an. Aber wenn insgesamt zu wenig Personal eingesetzt wird, dann kommen eben die Zahlen heraus, die der Kollege Pargent aus einer Anfrage der SPD-Fraktion zitiert hat, nach denen wir in Deutschland beim Steuervollzug insgesamt meistens die Vorletzten oder die Drittletzten sind. Das starke Land Bayern könnte mehr machen. Im Interesse aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die ihre Steuern ordnungsgemäß zahlen, ist es auch, dass die schwarzen Schafe herausgefunden werden. Das passiert dann, wenn man eine effiziente Verwaltung hat, die gut aufgestellt und ausgestattet ist und die auch die entsprechenden Köpfe hat. Deswegen hat die SPD-Fraktion beantragt, 1.000 Stellen in der dritten QE neu zu schaffen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Da genau das, was der Kollege König für die CSU-Fraktion ausgedrückt hat, der Grund dafür ist, wie Sie diesen Haushalt im Finanzbereich aufgestellt haben, werden wir ihn ablehnen.

Neben dem Einzelplan 06 ist es an dieser Stelle notwendig, auch über das zu reden, was der Finanzminister zentral zu machen hat, nämlich sich um die Beteiligungen des Freistaats Bayern zu kümmern. Wir haben 68 Beteiligungen mit fast 40.000 Beschäftigten, also eine wirkliche Macht in diesem Freistaat, mit der wir auch vieles machen könnten, wenn es eine konzertierte Politik aller Beteiligungen gäbe. Diese konzertierte Politik gibt es aber leider nicht, sondern die Beteiligungen zerfallen in Einzelzuständigkeiten. Es wird immer nur auf das einzelne kleine Kästchen geschaut. Die Beteiligungen des Freistaats Bayern werden nicht konsequent gemeinsamen Zielen untergeordnet.

Für uns als SPD-Fraktion sind die zentralen Ziele zum Beispiel, erstens mehr Wohnraum und mehr bezahlbare Wohnungen und zweitens mehr, günstige und klimagerechte Mobilität in Bayern zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Beispielsweise im Wohnbau hätten wir mit der BayernHeim, mit BayernGrund, mit dem Siedlungswerk Nürnberg und mit der Stadibau, aber auch mit Finanzierungsmöglichkeiten über die KfW und die LfA Förderbank sowie über unseren entscheidenden Einfluss in der Landesbank Möglichkeiten, ein Bündel zu machen; auch zum Beispiel in Zusammenarbeit auch mit den Studentenwerken, um noch mehr Wohnraum für Studierende zu schaffen. Das wäre insgesamt eine Aufgabe, auf die sich der Finanzminister, wie ich finde, übergreifend schon einmal konzentrieren könnte, Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf)

– Du kannst ja nachher darauf antworten.

Ich komme zum Bereich der Mobilität. Die Finanzierung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, die wir derzeit in diesem Bereich haben, ist nicht ausreichend für die nächsten Jahre. Ich nenne unsere Beteiligung beim MVV und unsere Zuschüsse, die wir zum Beispiel für das 365-Euro-Ticket geben, zunächst nur für Studierende und Schüler, aber für die SPD ist dieses Ticket für alle Menschen in Bayern ein klares Ziel. Da könnten wir sowohl über die Beteiligungen als auch über den Staatshaushalt mehr tun. Da müssen wir mehr tun, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern kann mehr. Bayern muss für eine aktive und gute Zukunft mehr tun. Herr Finanzminister, greifen Sie im Bereich der Beteiligungen stärker zu. Nehmen Sie das Heft stärker in die Hand, dann können wir in Zukunft auch besser haushalten und vielleicht einmal einem Haushaltsgesetz zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch da. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Lieber Kollege Güller, auch wenn ich gleich selbst mit einem Redebeitrag dran bin, muss ich dir jetzt doch noch eine Frage stellen. Du hast bei den Beteiligungen so schön angeführt, dass wir unter anderem mit unserem Einfluss bei der Landesbank arbeiten könnten. Willst du ernsthaft die Landesbank wieder zu einer politischen Bank machen? Willst du ernsthaft, dass wir wieder mitspielen? Wollen wir diese denn nicht einmal verkaufen oder sonst etwas damit machen? Wir sollten sie jedenfalls bitte aus dem politischen Einfluss herauslassen.

Harald Güller (SPD): Herzlichen Dank für diese Frage. Die Position der SPD ist an dieser Stelle glasklar: Wir waren damals der Meinung, dass die Flucht des Ministers und der Staatssekretäre aus der Führung der Landesbank und damit aus der Verantwortung falsch ist. Wir sind der Meinung, der Freistaat Bayern ist über die Beteiligungen an der Landesbank Miteigentümer, und daher muss die Landesbank auch für politische Ziele eingesetzt werden. Deswegen sind wir für mehr politischen Einfluss bei der Landesbank und nicht für weniger. Wir sind allerdings auch für den richtigen politischen Einfluss bei der Landesbank und nicht für einen Einfluss, wie er vom jetzigen und vom ehemaligen Ministerpräsidenten verfolgt wird bzw. wurde: Verscherbeln von 33.000 Wohnungen der GBW. Wir sind für einen verantwortlichen Umgang mit der Landesbank. Ein Verkauf kommt für uns zumindest nicht infrage.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt darf Herr Kollege Dr. Kaltenhauser seine Redezeit ganz regulär in Anspruch nehmen.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie bereits in den Haushaltsberatungen vernommen haben, wird die FDP im Wesentlichen ganz zufrieden sein mit dem Einzelplan für das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

(Beifall bei der FDP)

Nachdem die Regierung die Lobhudeleien üblicherweise selber übernimmt, kann ich mich auf die Kritikpunkte beschränken. Nichtsdestoweniger möchte ich den Mitarbeitern des Finanzministeriums für die Aufstellung des Haushaltsplanes und für die Haushaltsberatungen, die eigentlich immer sehr sachlich ablaufen, danken. Wenn ich einmal andere Ausschusssitzungen erlebe, dann bin ich immer wieder sehr froh darüber, dass ich im Haushaltsausschuss sitze. Das möchte ich an dieser Stelle loswerden.

(Beifall bei der FDP)

Nun komme ich zu ein paar Kritikpunkten. Erstens. Unter Digitales stehen unter anderem Breitbandausbau – das haben wir heute schon gehört –, Rechenzentrum und digitale Sicherheit. Ich frage mich jedes Mal, was das in diesem Haushalt soll. Es gibt ein Digitalministerium, auch wenn es zugegebenermaßen ein Attrappen-Ministerium ist. Anders kann man es nicht nennen. Das Ministerium hat ein Budget von 118 Millionen Euro, also 0,17 % des Gesamthaushaltes. Hier aber haben wir Dinge drinstehen wie Breitband, Rechenzentrum und digitale Sicherheit, die ein Vielfaches davon ausmachen. Warum wird das nicht umsortiert? Wir werden darüber heute Nachmittag oder später, wenn wir über den Digitalhaushalt sprechen, noch einmal separat diskutieren. Das stört mich jedes Mal. Das gehört da nicht hin, auch nicht unter Heimat.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema Datensicherheit: Es gibt das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Dort war ich zu Besuch. Ich muss sagen, ich bin sehr angetan von der Arbeit, die dort passiert, aber ich glaube, dass es sehr stiefmütterlich behandelt wird. Lediglich 9,2 % unserer Kommunen können überhaupt ein Mindestmaß an IT-Sicherheit nachweisen, und dieses Siegel basiert auf einer Selbsteinschätzung. Wir unterschätzen diese Gefahr für unser öffentliches Leben und für die Verwaltung völlig. Ich kann immer wieder nur das Stichwort Anhalt-Bitterfeld nennen. Vor einem Hackerangriff, wie ihn dieser Landkreis erlebt hat, sind auch wir nicht gefeit. Vor einiger Zeit hat es eine Anfrage gegeben. Hierzu war der Vertreter des Landesamtes für Sicherheit im Land-

tag. Er war ausgesprochen dankbar und hat sich ausdrücklich dafür bedankt, dass er endlich einmal in den Landtag eingeladen und zu bestimmten Themen gehört worden ist. Das Thema wird total unterschätzt. Unabhängig davon, wo das Thema angesiedelt ist, müsste man es eigentlich viel stärker hervorheben.

Das Thema der Verlagerung von Behörden ist heute auch schon ein paarmal angesprochen worden. Es ist schon fast ein Lieblingsthema von mir im Haushaltsausschuss. Ich stelle mir regelmäßig die Frage, wie viel die Verlagerung eines Arbeitsplatzes kostet umgerechnet auf die Kosten, die wir damit produzieren. Ich habe nämlich das Gefühl, dass die allermeisten Verlagerungen dazu genutzt werden, alte Gebäude zu sanieren. Man denkt sich, das Gebäude hätte man schon immer einmal wiederauffrischen müssen, und dann sucht man irgendwelche zentralen Gebäude, meistens im Zentrum einer kleinen Stadt. Anschließend wird ein Haufen Geld investiert, und das Ganze wird dann als Verlagerung verkauft. Die dadurch entstehenden Kosten stehen manchmal in keinem Verhältnis.

Zum Thema Regierungsbeauftragte: Wenn es der Kollege Hofmann schon anspricht, dann will ich natürlich auch etwas dazu sagen. Ich wiederhole: Ich habe nichts gegen die Arbeit vom Kollegen Nussel und seinen Leuten. Ich habe nur ein Problem mit der Konstruktion. Dass die Arbeit gemacht werden muss und gemacht wird, ist völlig okay, mal ganz unabhängig von der Metamorphose, die die FREIEN WÄHLER hingelegt haben: Staatssekretäre light, Abhängige von Söders Gnaden, eigener Hofstaat, erhebliche Einschränkung der Freiheit des Mandats usw. Dazu gibt es eine ganz lange Liste. Ich habe einfach ein Problem damit, dass diese Beauftragtenfunktion separat definiert wurde. Es ist völlig unbestritten, dass die Arbeit gemacht werden muss. Ich habe immer gedacht, dass das der Posten wäre, dessen Aufwand im Haushalt steht. Ich habe aber inzwischen gelernt, dass es erheblich mehr Leute sind, die daran mitarbeiten. Das mag durchaus okay sein. Ich habe eine Anfrage gestellt und bin gespannt, ob diese in einer angemessenen Zeit beantwortet wird oder ob es wieder länger dau-

ert zu ermitteln, welche Kosten diesem Beauftragten tatsächlich zuzurechnen sind. Auf die Antwort bin ich gespannt.

Ein letzter Punkt ist die Grundsteuer. Die FDP war grundsätzlich mit dem Verfahren des Bayerischen Grundsteuergesetzes einverstanden. Aber wenn ich mir die Umsetzung, die Abläufe anschau, dann habe ich damit schon ein Problem. Ich habe den Eindruck, ich sage mal, dass wir althergebrachte Verfahrensweisen digital abbilden. Ich habe den Eindruck, dass man nicht wirklich angefangen hat, einen neu einzurichtenden Prozess digital zu denken und dann umzusetzen. Das Problem bei der Digitalisierung ist immer, dass man versucht, analoge Prozesse digital abzubilden. Die Chance für Digitalisierung vertut man hier anscheinend auch wieder. Man hätte intern sehr viel mehr digitale Transformation betreiben können. Zur digitalen Kommunikation mit den Bürgern haben wir damals mehrere Anträge gestellt. Hier hätte es mehrere Möglichkeiten gegeben.

Insgesamt sehen Sie also, dass es eine ganze Menge an Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Aber da diese in Summe, in absoluten Beträgen, nicht so viel ausmachen, werden wir diesem Teilhaushaltsplan trotzdem zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht das Geburtstagskind Dr. Wolfgang Fackler für die CSU- Fraktion. – Alles Gute noch einmal!

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, herzlichen Dank noch einmal für die doppelten Geburtstagsglückwünsche. – Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir schaffen mit diesem Haushalt 2022 wieder etwas. Wir gestalten Bayern. Das ist unser Ziel. Das ist in Zeiten von Corona-Krise und Ukraine-Krieg keine leichte Aufgabe. Ich sage aber auch ganz deutlich: Bayern ist lebenswert, Bayern ist modern, Bayern ist umweltbewusst, und Bayern ist nachhaltig. Deswegen gilt ein ganz herzliches Dankeschön unserem Finanzminister Albert Füracker mit seinen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern im Finanzministerium für die vorausschauende und solide Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Für dieses lebenswerte Bayern brauchen wir selbstverständlich auch eine starke Verwaltung. Der öffentliche Dienst muss gut ausgestattet sein. Darüber sind wir uns glücklicherweise im Klaren. Wir brauchen eine starke Verwaltung, damit all die politischen Ziele und Vorgaben entsprechend umgesetzt werden können; denn es ist wie immer: Ohne Verwaltung ist kein Staat zu machen. Deswegen sage ich als Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes ein ganz herzliches Dankeschön an alle Beschäftigten im Freistaat Bayern und natürlich an die Beschäftigten in unseren Finanzämtern. Unsere Finanzbeamten prüfen robust, sie prüfen effektiv, und sie prüfen auch zielgenau, Herr Kollege Güller. Das ist ganz entscheidend, und darauf kommt es letztendlich an.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ganz ehrlich: Ohne Steuern ist auch kein Staat zu machen. Aber wenn ich mir den Schuldendurst der Ampel in Berlin anschau, dann komme ich in einer 100-Tage-Bilanz auf mehr als 200 Milliarden Euro neue Schulden. Wenn ich mir diesen Schuldendurst anschau, dann muss ich sagen: Da können wir noch so viele Finanzbeamte einsetzen und überhaupt einstellen, aber wir können den Durst und das, was sie in der Ampel innerhalb von 100 Tagen aufgemacht haben, gar nicht stillen.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen keine Kontrolle um der Kontrolle willen, sondern wir wollen passgenaue Prüfungen. Deswegen wollen wir eben auch eine gute Entlohnung. Wir haben die Bezüge 2019 angepasst; wir haben sie auch jetzt wieder für die Jahre 2022 und 2023 angepasst. Wir werden auch bei der Alimentation einen guten Weg finden. – Herr Dr. Kaltenhauser, wir haben ein top IT-Dienstleistungszentrum, das mit dem Digi-

talministerium super zusammenarbeitet. Wir haben beim gesamten Personalkörper wieder über 2.700 neue Stellen geschaffen, und wir haben auch ein umfangreiches Neubauprogramm für Staatsbedienstetenwohnungen am Oberwiesefeld; das sind bezahlbare Wohnungen für untere und mittlere Einkommen. Auch das ist ein gutes Zeichen für unsere bayerischen Beamten.

Nur der Vollständigkeit halber: Wir haben auch einen gut aufgestellten Pensionsfonds; beim letzten Mal wurde er auch hier in großer Runde diskutiert. Mittlerweile befinden sich mehr als 3,5 Milliarden Euro in diesem Kapitalstock. Die Pensionen sind sicher – frei nach Norbert Blüm, der allerdings nur für die Renten gesprochen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Haushalt steigen unsere Personalausgaben auf mittlerweile 27 Milliarden Euro an. Das möchte ich einfach einmal sagen, weil Kollege Weidenbusch der Einzige ist, der immer wieder zu mir sagt, ich hätte eigentlich den größten Posten im ganzen Haushalt zu vertreten. Das stimmt letztendlich auch. 2019 hatten wir noch Personalausgaben von 24 Milliarden Euro; jetzt gibt es also ein Plus von 3 Milliarden Euro. Auch das ist eine stolze Summe und der Anerkennung wert. Aber nicht nur das! Wenn man sich das einmal anschaut, dann sieht man, dass die Gesamtstellen im bayerischen Haushalt auf mittlerweile 261.500 angewachsen sind plus Personalmittel von weiteren 52.000 Stellen im Freistaat Bayern. Ich sage auch: Das ist der größte Personalkörper, den wir jemals im Freistaat hatten.

Für mich als Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes sind das natürlich gute Nachrichten. Das ist auch gut angelegtes Geld. Deswegen sage ich allen Kolleginnen und Kollegen – sowohl im Haushaltsausschuss als auch im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes – herzlichen Dank für die gute, konstruktive Zusammenarbeit.

Wir haben Bayern und selbstverständlich auch unsere Beschäftigten im Blick. Ich sage an dieser Stelle auch: Man muss auch einmal auf die Personalausgabenquote

ein Augenmerk legen; die Personalausgabenquote liegt mittlerweile bei 38,5 %. Rechnet man die Kreditausgaben heraus, was man aus meiner Sicht auch tun muss, dann kommen wir sogar eher auf eine Personalausgabenquote von 42 %. Also müssen wir in Zukunft die Kreditausgaben auch wieder zurückfahren. Das ist auch unser Ziel; denn solide öffentliche Finanzen sind die Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit eines Landes, vor allem für die zukünftigen Generationen.

Wie gesagt, wir haben die 100-Tage-Bilanz der Ampel in Berlin gesehen: mehr als 200 Milliarden Euro neue Schulden in 100 Tagen. Geld zusammenhalten bedeutet etwas anderes. Wir in Bayern halten das Geld zusammen. Bei uns wird die Staatskasse bewacht. Bei uns wird die Staatskasse behutsam geöffnet, aber auch wieder sorgsam verschlossen und hoffentlich vom Haushaltsausschuss wieder mit einem Ketten Schloss versehen. Deshalb sage ich an dieser Stelle auch, dass wir mit unserem Finanzminister Albert Füracker den richtigen Mann an der richtigen Stelle haben. Deshalb erreichen wir auch Triple-A-Bewertungen; auch hierzu noch einmal meinen Glückwunsch.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke der Bayernkoalition. Wir stehen für Sicherheit, Stabilität und gute Verhältnisse. Wir werden diesem Haushalt selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Kaltenhauser vor.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Fackler, ich will Sie ja nicht an Ihrem Geburtstag ärgern, aber Sie haben jetzt doch eine Frage provoziert. Bei Ihren eigenen Zahlen haben Sie von knapp 30 Milliarden Euro an Personalaufwand und von ungefähr 3 Milliarden Euro Pensionsfonds geredet; gleichzeitig haben Sie gesagt, die Pen-

sionen seien sicher. Wie können Sie mit 3 Milliarden Euro jemandem, der vielleicht 20 Jahre lang Pension kriegt, diese bezahlen? Wie passt das denn zusammen?

Wolfgang Fackler (CSU): Kollege Kaltenhauser, die 3 Milliarden Euro sind ein Kapitalstock für die Pensionen, und die Pensionen sind selbstverständlich sicher. Ich lade Sie gerne in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes ein, wenn wir den Pensionsfonds wieder besprechen; dann werden wir Ihnen die Systematik erklären. Sie werden dann merken, dass wir bis 2035 mit den Pensionen sehr gut aufgestellt sind. Wir haben vor vielen Jahren in Aktienpakete investiert; wenn Sie sich heute die DAX-Entwicklung und Ähnliches ansehen, dann wissen Sie, dass die Kurse durch die Decke gegangen sind. Kollege Kaltenhauser, wir sind also sehr gut aufgestellt. Wie gesagt: Kommen Sie vorbei, lesen Sie den Bericht; und diskutieren Sie mit uns! Dann werden Sie auch wieder einige neue Dinge erfahren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend erteile ich dem Staatsminister für Finanzen Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Geschätzte Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke für die Diskussion, die im Grunde gezeigt hat, worum es geht: um Ausgewogenheit bei allem, was man tut. Es gilt, politisch abzuwägen, wo es mehr und wo es weniger braucht; das ist unser Geschäft. Bei allen gemachten Vorwürfen haben wir nicht irgendwie Böswilligkeit verspürt, sondern die uns alle umtreibende Sorge, dass dieses Land gut stabil bleiben kann. Die Wege dazu sind manchmal eben unterschiedlich, aber eines haben alle anerkannt. Darüber freue ich mich und sage das ganz am Anfang.

Ich darf als Finanz- und Heimatminister für das Personal des Freistaats Bayern zuständig sein. Bei allen Reden, die ich in den letzten Tagen verfolgt habe, kommt immer wieder zum Ausdruck, dass wir in Bayern es schätzen, nicht nur eine stabile Wirtschaft

und fleißige Menschen im Allgemeinen, sondern auch funktionierende Verwaltungen zu haben. Das gilt für alle Geschäftsbereiche. Natürlich bin ich auch in besonderer Weise auf "meine" Verwaltungen stolz; aber es sind unser aller Beschäftigte in Bayern, die so hervorragend Dienst tun und überhaupt erst dafür sorgen, dass dieses Land funktioniert. Deswegen ein Dank in cumulo an alle, die diese schwere Arbeit, vor allen Dingen auch in Krisenzeiten, so hervorragend gemeistert haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist natürlich wahr: Beim Finanz- und Heimatministerium sind die digitalsten Verwaltungen angesiedelt, die wir haben. Ja, die Vermessungsverwaltung ist seit jeher die digitalste Verwaltung, die es gibt. Die Steuerverwaltung ist auch eine sehr digitale Verwaltung, die wiederum auch Rechenzentren braucht. Es gibt dieses dauernde Diskutieren darüber, ob die steuerberechnenden Rechenzentren denn nicht in ein anderes Ministerium müssten, nur damit die Namen wieder passten. – Herr Dr. Kaltenhauser, das kann man alles machen, darüber kann man sich unterhalten und sich mit solchen Nebensächlichkeiten beschäftigen. Die Frage ist aber, ob das funktioniert.

Steuer-, Vermessungs- und Finanzverwaltung sind ein digitaler Block, und es hat Sinn, diese Rechenzentren dort zu betreiben. Da können Sie noch so oft mit dem Kopf schütteln. Die Qualität ist deswegen nicht schlechter; seit Jahrzehnten wird die Zusammenarbeit gut organisiert.

(Zuruf)

Zur Steuerprüfung: Lieber Herr Güller, ich muss einfach wieder die Frage stellen. Wenn man sagt, mit mehr Personal hätte man bestimmt mehr Steuereinnahmen, dann muss man auch sagen, dass das Personal im Umkehrschluss auch keinen Rückgang der Steuereinnahmen verhindern konnte, wenn es in der Wirtschaft Probleme gibt. Das hat doch miteinander nichts zu tun. Vielmehr müssen wir sehen, dass unsere Steuerprüfungen zum Beispiel wesentlich effizienter als anderswo ablaufen.

Bei der Betriebsprüfung erhebt ein bayerischer Betriebsprüfer etwa 500.000 Euro mehr nach als im Bundesdurchschnitt; bei der Umsatzsteuerprüfung sind es 286.000 Euro, bei der Lohnsteuer Außenprüfung 60.000 Euro. Es hat doch nichts damit zu tun, wie viele Fälle man bearbeitet, sondern dass die Bearbeitung auch effizient ist. Offensichtlich ist es so, dass dort, wo noch mehr Steuerprüfungen stattfinden, auch nicht mehr aufgedeckt werden kann. Vor allem werden die großen Steuerfälle bei uns sehr gut bearbeitet.

Ich habe auch ein Grundvertrauen. Ja, ich gestehe das; ich habe ein Grundvertrauen in Steuerzahlerinnen und Unternehmen, dass sie grundsätzlich ihre Steuern ordentlich bezahlen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Je mehr Unternehmen es bei uns gibt, desto mehr wirtschaftliches Wachstum erfolgt und desto stärker steigen die Steuereinnahmen. Sie werden nicht direkt proportional zur Anzahl der Steuerbeschäftigten und Finanzbeamten steigen können. Dennoch haben wir viel getan. Die Ausstattung erfolgt natürlich bedarfsgerecht. Wir sind bei allen digitalen Projekten in der Steuerverwaltung mit führend. Ich erinnere an das Projekt KONSENS.

Wir programmieren die Grundsteuer für alle Bundesländer, unabhängig vom Modell, Herr Dr. Kaltenhauser. Wir machen das gut und sehr digital. Sie haben sich mal gesorgt, weil Sie dachten, man kann die Grundsteuer nur auf Papier anmelden. – Das ist alles nicht richtig. Wir können das sowohl digital als auch auf Papier anmelden.

Im Übrigen bekomme ich wöchentlich mehrere Schreiben von Menschen, die schreiben: Lieber Minister, es ist schön, dass ihr immer nur über Digitalisierung sprecht. Ich habe meine Steuererklärung jetzt 30 oder 40 Jahre auf Papier gemacht und möchte das weiterhin tun. Ich habe nicht einmal einen Computer. – Da wird man als Minister ständig diskreditiert, weil es auch noch Steuerformulare gibt. Sie sollten einmal lesen, was die Menschen schreiben. Vorzugsweise alte Menschen schreiben mir, sie möch-

ten ihre Steuererklärung auch weiter auf Papier machen. Das ermöglichen wir in Bayern. Trotzdem haben wir bei der ganz normalen Einkommensteuer eine ELSTER-Quote von 80 %. Wir haben auch bei der Grundsteuer neben der digitalen Anmeldung, die der Regelfall sein wird, die Möglichkeit, auf Papier abzugeben. Da kann ich alle Menschen beruhigen, die das sogar noch als besonderen Service erwarten.

Wir haben bei der Steuerverwaltung seit 2009 zusätzliche 3.600 Stellen geschaffen. Für die letzten zehn Jahre ergibt sich in den Finanzämtern ein Plus von 763 Beschäftigten, am Landesamt für Steuern von 428 Beschäftigten. Wir haben bei der Steuerverwaltung mehr Risikomanagementsysteme im Einsatz. Immer mehr Steuererklärungen werden automatisch bearbeitet, weil die Risikomanagementsysteme im Rahmen der Digitalisierung das Ganze ermöglichen. Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir höchste Quoten, was ELSTER anbelangt, bei den Anmeldesteuern gar 100 %.

Wir bilden außerdem weiter aus. Wir haben 2.500 junge Menschen in Ausbildung, und keine Stellen werden abgebaut – ganz im Gegenteil: Wir bilden bedarfsgerecht aus, um die Menschen zu ersetzen, die ausscheiden.

Insofern bitte ich, um der Ausgewogenheit willen zu akzeptieren, dass unsere Steuerverwaltung gut ausgestattet ist und vor allen Dingen einen super Job macht, wie wir das umgangssprachlich immer gerne sagen.

Wir haben hier auch weiterhin viel zu tun. Wir digitalisieren weiter die Verwaltung. Es gibt viel zu tun. Aber den Vorwurf, wir würden in Bayern auf Steuereinnahmen verzichten, weil wir zu wenig Steuerbeamte haben und die wenigen nicht so gut arbeiten, kann ich entschieden zurückweisen.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiteres großes Thema bei den Vorwürfen war der Glasfaserausbau. Es ist immer wieder erstaunlich, dass die erfolgreichsten Infrastrukturprojekte eines Landes am

meisten diskreditiert werden. Die dauernde Behauptung, dass Bayern hier ganz hintendran wäre, stimmt einfach nicht. Das ist schlicht nicht wahr. Wir haben die objektiven Zahlen für alle Bundesländer. Die bekommen wir jedes halbe Jahr. Die erhebt auch nicht der bayerische Finanzminister, sondern die Wirtschaft, andere Ministerien und der TÜV. – Hier ist es so, dass die 100 Mbit/s – ich glaube, ein Freund von der AfD-Fraktion hat das angesprochen –, die Sie als Maßstab anlegen, mittlerweile 90,7 % aller Haushalte in Bayern haben. 90,7 % aller Haushalte! Und wo kommen wir her? – 2014 hatten nur 27 % aller Haushalte im ländlichen Raum überhaupt schnelles Internet. 27 %! Glaubt denn irgendjemand von uns, dass wir heute ohne das Engagement des Staates, ohne die Unterstützung durch unsere Breitbandförderprogramme da wären, wo wir sind?

Das mit den 30 Mbit/s – ich habe das schon hundertmal erzählt – wird immer wieder erwähnt, weil man glaubt, hier Stimmung machen zu können. Wir durften dort, wo es 30 Mbit/s gab, nicht fördern, weil die Europäische Union sagt, 30 Mbit/s sind schnelles Internet. Da darfst du nicht in den Markt eingreifen. – Wir haben jahrelang gekämpft. Wir waren 2019 das erste Land in Europa, das überhaupt die Genehmigung von der Europäischen Union bekam, dort Glasfaser fördern zu dürfen, wo es schon 30 Mbit/s gibt. Wir haben das getan. Wir sind jetzt in unsere Gigabitrichtlinie eingestiegen. 1.100 Gemeinden sind schon dabei. Auch hier gilt: Wir können nur fördern. Ich kann doch einer Gemeinde nicht vorschreiben, in welcher Weise sie Glasfaserausbau betreiben möchte. Aber wir fördern das mit 225 Millionen Euro im Jahr. Wir haben Geld zur Verfügung. Verpflichtungsermächtigungen sind eingestellt. Ich kann jeden nur einladen. Das einzige Programm, wo der bayerischen Finanzminister ständig wirbt: "Gebt doch das Geld aus, das wir euch zur Verfügung stellen!", ist tatsächlich das Programm für Glasfaser, die Breitband- und die Gigabitrichtlinie.

Wir kommen hier signifikant voran. Kein ländlicher Raum in ganz Deutschland ist so gut versorgt wie der ländliche Raum in Bayern. Wir haben mittlerweile 64 % aller

Haushalte im Gigabit-Bereich erschlossen. Ich sage doch nicht: Wir hören jetzt damit auf. – Wir haben ganz viele Baumaßnahmen, die durchgeführt werden.

Manchmal bekomme ich eine Beschwerde. Dann gehen wir der Sache nach. Dann heißt es: Da geht es in einem halben Jahr mit der Baustelle los. – Meine Damen und Herren, das kann man nutzen, um zu sagen: Das geht zu langsam. – Mir wäre es auch lieber, wenn es noch schneller ginge. Aber ich kann als Förderbehörde nur Geld und Beratung anbieten, möglichst unbürokratisch und in hoher Zahl. Ich kann als Minister – privat vielleicht schon – nicht auch noch rausfahren und baggern, um die Leitungen zu verlegen, meine Damen und Herren. Da haben wir gottlob noch Unternehmen, die das qualifiziert machen.

Diese Digitalisierung ist auch in der Schule bestens angekommen, obwohl das hier diskreditiert wird. 80 % der Schulen in Bayern nutzen mittlerweile die Gigabit-Versorgung. Ich habe mir das für die Rathäuser, Schulen und Krankenhäuser aufgeschrieben: Wir haben dort mittlerweile 101 Millionen Euro an Förderung für 3.611 Einrichtungen ausgegeben. Wenn alle Verfahren abgeschlossen sind, sind 87 % der Schulen an der Glasfaser, FTTB, entweder im Bau oder in Betrieb.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, stellen Sie sich bitte mal die Frage: Was soll man eigentlich noch machen? Ich habe 2018, als ich Minister geworden bin, eine meiner ersten Entscheidungen dazu genutzt, Glasfaserinfrastruktur an Schulen mit 90 % Zuschuss zu fördern. 2018! Wenn mir dann der Sachaufwandsträger 2021 schreibt, er muss jetzt ein halbes Jahr warten, bis ein Ausbauunternehmen kommt und die Glasfaser reinlegt, dann fühle ich mich nicht mehr verantwortlich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das hätte auch 2018 beauftragt werden können. Wenn dann ein halbes Jahr rumgegangen wäre, wäre das Gebäude 2019 angeschlossen gewesen. Die Pandemie kam erst 2020.

Nicht überall ist also ein Minister schuld, wenn irgendwo eine Lichtbirne nicht mehr brennt. Wir machen unsere Arbeit.

Sie behaupten, wir würden das LSI stiefmütterlich behandeln, Herr Dr. Kaltenhauser. – Was verstehen Sie unter "stiefmütterlicher Behandlung"? Wir haben das LSI aufgebaut. Das ist das einzige Institut dieser Art in ganz Deutschland. Bei uns gibt es damit eine landesweite Behörde für die Sicherheit im Datenbereich.

(Zuruf)

Wir haben dort mittlerweile über 100 Beschäftigte. Ich war vor Kurzem mit dem amerikanischen Generalkonsul dort. Der hat Bauklötze darüber gestaunt, was wir in Bayern hier machen. Das haben wir getan, weil wir die Notwendigkeit erkennen. Wir gehen auf die Kommunen zu und werben dort dafür, dass unser Siegel angewandt wird. Wir tun das Menschenmögliche für die IT-Sicherheit. Sie wissen ohnehin, dass bei der IT-Sicherheit sogar das Menschenmögliche manchmal zu wenig ist. Aber mehr als das Menschenmögliche können wir nicht tun. Da haben wir das LSI gegründet, das immer noch im Aufbau ist. So einfach ist es gar nicht, die ganzen Spezialisten zu finden. Die machen einen super Job. Die sorgen dafür, dass das Menschenmögliche getan wird. Die fahren zu den Kommunen. Ich war selber schon mit dem Präsidenten unterwegs und habe bei Kommunen geworben, sich zur Datensicherheit der Unterstützung des LSI zu bedienen. Da sind wir sehr gut unterwegs.

Ihre Ausführungen zu den Beteiligungen, lieber Herr Güller, haben mich etwas überrascht, weil es tatsächlich so ist: Wir haben 68 Beteiligungen des Freistaats Bayern. Da gibt es, unterschiedlich geregelt, besondere fachliche Verantwortung der Ministerien. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft untersteht nicht der besonderen fachlichen Verantwortung des bayerischen Finanzministeriums, ebenso wenig die BayernHeim und viele andere Beteiligungen, die Sie genannt haben. Ich sage aber nicht, dass die deswegen schlecht gemanagt werden. Wir als Finanzministerium sind in besonderer Weise zuständig für Beteiligungen wie zum Beispiel die zwei Flughäfen, die zwei Messgesellschaften und die Bayerische Landesbank. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn ich mich um alle anderen Beteiligungen auch noch in der Dimension kümmern müsste, wie ich das bei diesen fünf Unternehmen tue, die sehr große Beteiligungen sind, aber

auch die Auswirkungen der Krise spüren, wäre ich überfordert. Ich bräuchte mindestens noch drei Staatssekretäre.

(Heiterkeit)

Insofern ist es gut, dass auch das Wirtschaftsministerium, das Bauministerium, das Verkehrsministerium und andere Ministerien sich um Beteiligungen kümmern. Ich habe mir noch nie eingebildet, dass etwas nur dann gut ist, wenn ich es mache, sondern jeder hat da zu kämpfen. Natürlich habe ich auch schöne Beteiligungen. Das Hofbräuhaus hat mir selbst in der Krise nicht so viel Kopfzerbrechen bereitet wie ein Flughafen, eine Landesbank oder eine Messegesellschaft. Das gestehe ich zu. Aber hier dürfen Sie nicht ungerecht sein. Hier wird in allen Häusern getan, was notwendig ist, und es wird gut getan.

Die Behördenverlagerung ist ein Erfolgsprojekt für die Strukturentwicklung im ländlichen Raum. Dazu werde ich hier im Landtag noch ausführlich Stellung nehmen, weil das nicht in fünf Minuten abgehandelt werden kann. Eines möchte ich heute auf jeden Fall sagen: Warum dauern Behördenverlagerungen nach unseren Konzepten fünf bis zehn Jahre? – Weil wir aus früheren Verlagerungen gelernt haben. Früher wurde beschlossen: Es wird verlagert. Amt für Ländliche Entwicklung: von Regensburg nach Tirschenreuth. – Heute machen wir das anders. Heute verlagern wir in fünf bis zehn Jahren. Warum? – Weil wir auf Freiwilligkeit setzen. Weil wir unsere Bediensteten nicht zwingen, ihre familiären Strukturen umzukrempeln, wenn der Arbeitgeber das möchte. Stattdessen nehmen wir uns fünf bis zehn Jahre Zeit. Das war auch von Anfang an so angekündigt. Niemand hat gesagt, dass wir heute beschließen und morgen fertig sind. Da gibt es viel zu diskutieren. Ich bin da jederzeit bereit, im Ausschuss und gerne auch im Plenum auch im Rahmen einer Regierungserklärung Auskunft zu geben, wie hier der Stand ist.

Meine Damen und Herren, die Behördenverlagerung ist ein Erfolgsprojekt par excellence; für den ländlichen Raum ist das etwas, was wir gar nicht hoch genug bewerten können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich danke in diesem Sinne für die große Unterstützung.

Der Etat des Finanz- und Heimatministeriums wächst um etwa 46 Millionen Euro. Ich glaube, der Herr Bergmüller hat das irgendwie anders dargestellt. Aber so sind jedenfalls die objektiven Zahlen. Ich habe gerade noch mal geschaut und mit meinem Taschenrechner nachgerechnet. – Bei uns im Haus wird richtig gerechnet, wird hervorragend gerechnet.

Ich bedanke mich auch speziell bei all denen, die dazu beitragen, dass wir den Haushalt im Haushaltsausschuss diskutieren können. Lieber Josef Zellmeier, liebe Frau Köhler, ihr leistet da großartige Arbeit. Ich komme heute noch mal auf all die Anträge zu sprechen.

Natürlich braucht man aber auch hochqualifizierte Menschen, die einen Haushalt mit all seinen Stellen und mit all den Ausgabepositionen, mit all den Ideen durchdringen und dann auch noch einen Finanzminister im Zaum zu halten haben, der ja immer dazu neigt, jeden Tag, damit es ihm gut geht, alle Wünsche seiner Kolleginnen und Kollegen erfüllen zu wollen. Aber Spaß beiseite!

Wir werden – ich werde das heute noch einmal beim Einzelplan 13 sagen – alle miteinander Verantwortung dafür übernehmen, was wir alles tun, was wir alles nicht tun, für all das, was wir jetzt entscheiden und was andere dann irgendwann zu zahlen haben. Deswegen: Maßhalten! Ausgewogen bleiben, sowohl beim Personal als auch bei den Ausgaben! Ja, man könnte immer noch mehr Stellen brauchen. – Wir sind in ganz Bayern als Freistaat Bayern ohnehin der größte Arbeitgeber. Ich weiß allerdings nicht, ob das auf Dauer unser Anspruch sein sollte. Der Anspruch sollte eher sein,

dass wir dieses Land so führen, dass bei uns Menschen investieren, konsumieren, gerne hier leben – und nicht nach Estland auswandern wollen wie der Herr Bergmüller.

(Zuruf)

Das tun wir nicht. Das sage ich Ihnen gleich. Nirgendwo ist es schöner als in Bayern. Wenn Sie aber lieber in Estland leben wollen, sollten Sie dort einmal einen Einbürgerungsantrag stellen.

(Lachen und Heiterkeit – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es kommen noch Zwischenfragen. – Die erste Zwischenfrage kommt vom Kollegen Böhm.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich bin in meiner Haushaltsrede die Tage auf unsere implizite Staatsverschuldung eingegangen. Der doch recht umstrittene Ministerpräsident hat es seit der Zeit von Seehofer fertig gebracht, 44 % Personalzubau in der Staatskanzlei zu veranstalten: dadurch implizite Staatsverschuldung von 150 Millionen – Entschuldigung: Milliarden – – Millionen; manchmal kommt man angesichts eurer Zahlen mit den eigenen Zahlen durcheinander. Ich bitte darum, das zu verzeihen: 150 Millionen Euro.

Wir haben uns also die Mühe gemacht und in der Fraktion einmal die Staatsverschuldung auf den gesamten Personalbestand des Freistaates hochgerechnet. Wir kamen nach Sterbens- und Überlebenschancen auf eine halbe Billion Euro impliziter Staatsverschuldung über sämtliche Beamten, auch diejenigen, die in Ruhestand sind, hinweg.

Ich frage Sie jetzt: Wie korreliert das mit den gerade erwähnten 3 Milliarden Euro, die Kollege Fackler für seinen Pensionsfonds in den Raum gestellt hat? – Das ist doch eine Differenz von 497 Milliarden Euro, die hier im Raum steht. Wie können Sie solche Zahlen denn erklären?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sie müssen da natürlich den Kollegen Fackler fragen, was er gesagt hat. Wenn ich jetzt einmal überlege, was er gemeint haben könnte, dann ist er davon ausgegangen, dass der Pensionsfonds erstens ein atmendes System ist; da sind jetzt mal 3 Milliarden Euro drin. Natürlich kann das die Pensionen nie voll decken – das hat Kollege Fackler aber auch nicht behauptet –, sondern nur unterstützen. Zweitens wissen wir nicht, wie sich die gesamte Lage entwickelt und was in vielen Jahren und Jahrzehnten sein wird. Natürlich werden unsere Kinder oder Enkelkinder mal in 30 oder 40 Jahren als Parlamentarier zu entscheiden haben, was Pensionen in 40 oder 50 Jahren ausmachen; das können wir heute nicht sagen. Ich kann jetzt aber auch nicht aus lauter Mutlosigkeit sagen: Ich höre auf, diesen Staat zu verwalten.

Natürlich haben sich alle öffentlichen Systeme die Frage zu stellen, wie das Personal auf Dauer finanziert wird. Sie haben an der heutigen Debatte gerade gemerkt, dass auch hier die Unterschiede bei den Volksvertretern des Freistaats Bayern weit auseinandergehen. Die einen fordern noch viel, viel mehr neue Stellen. Andere mahnen. Wir haben uns halt dazu entschieden, einen Weg zu gehen wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben: jedes Jahr 1.000 neue Lehrer, jedes Jahr 500 neue Polizisten. Wir hatten heuer die großen Herausforderungen im öffentlichen Gesundheitswesen. Ich habe hier den Eindruck gehabt, dass darüber großer Konsens besteht.

Zur Digitalisierung: Ich glaube manchmal, wir haben geradezu ein Digitalisierungsparadoxon. Die Digitalisierung sollte ja eigentlich dazu führen, dass man weniger Personal braucht. Manchmal habe ich aber durch die Möglichkeiten, die die Digitalisierung schafft, den Eindruck, dass all das, was wir damit erst tun können, wieder ganz neue Mittel erfordert. Wir werden diese Debatte insofern noch länger führen.

Die Frage ist berechtigt, sie kann Ihnen heute aber noch keiner beantworten. – Die einzige Möglichkeit, die wir im Moment haben: Maß und Mitte halten, um vor allen Dingen miteinander zu versuchen, das Ganze ausgewogen zu gestalten.

Was wir im Moment haben: Krisenbewältigung. Gleichzeitig ist unser Job, Aufbruchstimmung zu erzeugen. Das gleichzeitig zu tun, ist nicht ganz einfach.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Entschuldigung, Herr Staatsminister; es gibt noch eine zweite Zwischenfrage. – Der Kollege Güller.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Oh!

(Heiterkeit)

Harald Güller (SPD): Herr Finanzminister, noch mal zu den Beteiligungen: Kein Mensch will, dass die Fachaufsichten nur im Finanzministerium konzentriert werden. Ist es aber nicht eine Aufgabe der Staatsregierung, dass man, wenn man dieses machtvolle Instrument von 68 Beteiligungen mit 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Milliarden, die dort bewegt werden, hat, dieses auch nutzt, um einen politischen Rahmen zu setzen, wie zu arbeiten ist und welchen Zielen man verpflichtet ist? – Ich habe zwei Ziele genannt: den Wohnungsbau und Mobilität.

Ist es nicht eine Aufgabe, zu schauen, dass jedes Haus nicht nur genau das macht, was es für seine Beteiligung im Moment gerade am besten hält? Ist es nicht Aufgabe, zu schauen, dass zwischen den Häusern eine Zusammenarbeit stattfindet? – Ich hätte halt gedacht: Das wäre, in aller Bescheidenheit, eine Aufgabe für den Finanzminister. Ich würde Ihnen das auch zutrauen, wenn Sie die richtigen Schwerpunkte, so wie wir sie vorgeschlagen haben, setzten. So stellen wir uns das vor, Herr Finanzminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich danke ausdrücklich für das Zutrauen auch aus der Opposition. Herr Güller, nehmen Sie das Beispiel Flugha-

fen: Eine maßgebliche Frage ist da die Verkehrsanbindung. Seit Jahrzehnten ist dieses Thema immer wieder wichtig. Wir arbeiten da mit dem Bau- und Verkehrsministerium hervorragend zusammen.

Wir wissen ja heute aber, was verkehrlicher Ausbau – zum Beispiel Aktivitäten auf Schienen – für Zeithorizonte benötigt. Wir wissen, welche Widerstände hervorgerufen werden. Manche Parteien fordern, es sollte mehr auf die Schiene verlegt werden; wird die Schiene gebaut, wird dagegen protestiert. Das ist ein Beispiel. Wir arbeiten hier sehr eng zusammen.

Ich glaube, dass die Beteiligungen nicht nur auf sich selber schauen. Natürlich haben wir in den letzten zwei Jahren hauptsächlich Krisenbewältigung gehabt. Ich muss dazu auch einmal sagen: Wir haben uns ja schon öfter unterhalten; ich gebe dazu gerne wieder hier im Landtag Auskunft darüber, was hier insbesondere an den Flughäfen und an den Messen zu bewältigen war. Meine Damen und Herren, es gab unglaubliche Betroffenheiten: Kurzarbeit, Personalabbau, Umstrukturierungen. Und immer die Frage: Wie wird es überhaupt weitergehen? Wie wird sich zum Beispiel der Flugverkehr, was von uns niemand genau voraussagen kann – es gibt sogar politische Kräfte, die sich jeden Tag freuen, wenn niemand fliegt –, entwickeln?

Insofern ist richtig: Wir müssen das professionell managen. Wir dürfen uns als Politiker aber auch nicht einbilden, dass wir hier das operative Geschäft besser machten als die Geschäftsführer, die dort hohe Verantwortung tragen. Selbstverständlich gibt es immer auch eine Rückkoppelung zu uns. Wir monitoren die Beteiligungen. Was mich anbelangt, nehme ich mir hier auch sehr viel Zeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen jetzt nicht mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20153, 18/20193, 18/20238 mit 18/20241, 18/20328 mit

18/20334, 18/20445 und 18/20479 mit 18/20483 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21898, zugrunde.

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht - Drucksache 18/21898 - genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die FDP. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Fraktionslose Abgeordnete habe ich auch nicht gesehen. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/21898 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20445 und 18/20479 mit 18/20483 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 14

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/20153
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 06 01 Tit. 536 03)
Drs. 18/20193
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
(Kap. 06 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20238
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 06 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20239

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
(Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 18/20240
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausbildungsniveau der Finanzverwaltung halten
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 18/20241
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Unsere Heimat I – Preise im Bereich Heimatpflege
(Kap. 06 03 Tit. 681 81)
Drs. 18/20328
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
(Kap. 06 03 Tit. 883 72)
Drs. 18/20329
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Unsere Heimat II – Förderung traditioneller Vereine
(Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
Drs. 18/20330
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II – Arbeitsgruppe Breitband
(Kap. 06 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20331
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Arbeitsgruppe KONSENS
(Kap. 06 04 TG 99 neuer Tit.)
Drs. 18/20332

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Zusätzliche Stellen für das Landesamt für Finanzen
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)
Drs. 18/20333

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Andreas Winhart, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Zusätzliche Stellen für das IT-Dienstleistungszentrum
(Kap. 06 21 Tit. 422 01)
Drs. 18/20334